

Pressemitteilung

Nr. 4/2012
17. April 2012

Susanne Kirchhoff
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fon: 0160 - 91795226
susanne.kirchhoff@praeventionstag.de

Deutscher Präventionstag findet deutliche Worte

Kriminalprävention kann und darf Sozialpolitik nicht ersetzen

HANNOVER/MÜNCHEN. Zum Abschluss des 17. Deutschen Präventionstages in München forderte der Deutsche Präventionstag die Politik nachdrücklich auf, an dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzip festzuhalten. Kriminalprävention könne und dürfe Sozialpolitik nicht ersetzen. Vielmehr, so der Deutsche Präventionstag und seine Partner in der Münchener Erklärung, sei Kriminalprävention eng zu verstehen: Nur diejenigen Strategien, Konzepte und Maßnahmen, die tatsächlich direkt oder indirekt die Verhinderung oder Minderung von Kriminalität zum Ziel haben, dürften als „kriminalpräventiv“ bezeichnet werden.

Die Münchener Erklärung basiert auf dem Gutachten „Sicher leben in Stadt und Land“, das Frau Dr. Wiebke Steffen im Auftrag des Deutschen Präventionstages erstellte (vergl. Presseinformation Nr. 2/2012). Das Gutachten sowie die Münchener Erklärung finden Sie in der Anlage.

Den 17. Deutschen Präventionstag im ICM haben in den vergangenen zwei Tagen rund 4.000 Teilnehmer besucht. Erich Marks, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, zog in der Abschlussveranstaltung eine sehr positive Bilanz: „Es war gut und richtig, das Thema Sicherheit aufzugreifen und zum Schwerpunkt des diesjährigen Kongresses zu machen. Deutlicher als bislang sind wir aufgefordert, uns über unsere Verständnisse, Haltungen und die Messbarkeit wirksamen präventiven Handelns zu verständigen. Denn: Ein selbstbestimmtes, glückliches Leben nachfolgender Generationen ist das Generalziel allen präventiven Handelns.“

Der 18. Deutsche Präventionstag findet am 22. und 23. April 2013 in Bielefeld statt. Wir freuen uns auf Sie!